



Brüssel

EU-Institutionen

„Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“



Nina Salden
leitet die DAAD-Außenstelle Brüssel seit 2012.

Das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 verdeutlicht die Priorität Nr. 1 in diesem Jahr: Die EU im Angesicht der Pandemie zusammenhalten und für die Zukunft fit machen. Der deutschen Präsidentschaft ist es mit der kurz vor Ende des Jahres erzielten Einigung zum nächsten siebenjährigen EU-Haushalt und dem EU-Wiederaufbaufonds gelungen, hierfür die Voraussetzungen zu schaffen.

157

Die gefährlichste Pandemie seit einem Jahrhundert hat die Gesundheitssysteme in der gesamten Europäischen Union vor harte Prüfungen gestellt und eine wirtschaftliche Rezession auf dem Kontinent ausgelöst. Im März 2020, zu Beginn der Krise, haben viele EU-Mitgliedstaaten unilateral ihre Grenzen geschlossen und damit eine für die europäischen Bürgerinnen und Bürger als selbstverständlich betrachtete Errungenschaft der europäischen Einigung, das grenzenlose Reisen, außer Kraft gesetzt. Erst nach und nach funktionierte die europäische Koordination in der Krise wieder.

Zur Überwindung der Krise hat die EU ein in der europäischen Geschichte beispielloses Wiederaufbauprogramm aufgesetzt, das Europa für die aktuellen und kommenden Herausforderungen stark machen soll. 1,1 Billionen Euro stehen dem EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre bis 2027 zur Verfügung. Hinzu kommt der 750 Mrd. Euro schwere Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“.

Die Verabschiedung dieses Pakets war eine Kraftanstrengung. Sie ist trotz der dringend benötigten Finanzmittel und der Bereitschaft der EU-Nettozahler wie Deutschland, erstmals gemeinsame europäische Schulden zu akzeptieren, beinahe an dem Veto Ungarns und Polens gescheitert. Diese haben die in das Haushaltspaket integrierte Kopplung der Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien abgelehnt und damit den Konflikt wieder an die Oberfläche befördert, der die Einheit der EU auch in den nächsten Jahren ernsthaft gefährden könnte. Erst in letzter Minute ist es der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen, einen Kompromiss zu schließen, so dass der Weg für die Auszahlung der europäischen Gelder frei gemacht und der Start der neuen EU-Förderprogramme gesichert werden konnte.



Schwierige Verhandlungen zu EU-Haushalt und Corona-Wiederaufbaufond: Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel mit den Staatschefs aus Ungarn (Viktor Orbán), Polen (Mateusz Morawiecki), Frankreich (Emmanuel Macron) und Deutschland (Angela Merkel) sowie dem Generalsekretär des Rates (Jeppe Tranholm-Mikkelsen).

158

ERASMUS+ UND HORIZONT EUROPA WERDEN FINANZIELL AUFGESTOCKT

Das Budget des neuen EU-Bildungsprogramms *Erasmus+* wird sich in den nächsten sieben Jahren fast verdoppeln und auf über 28 Mrd. Euro anwachsen. Das Programm soll eine deutlich erhöhte Zahl von 10 Millionen teilnehmenden Menschen erreichen. Dem EU-Forschungsprogramm Horizont Europa stehen mit 95 Mrd. Euro ebenfalls deutlich mehr Mittel zur Verfügung, das sind 30 Prozent plus.



Der 750 Mrd. Euro schwere Corona-Wiederaufbaufond „Next Generation EU“ soll helfen, die Krise gemeinsam zu überwinden.

Dieser Entscheidung sind intensive Verhandlungen vorausgegangen. Das Europäische Parlament hatte vor Corona eine Verdreifachung des Budgets für *Erasmus+* und eine Verdoppelung für Horizont Europa gefordert und ist hierbei auch von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch zu Amtsantritt im Dezember 2019 bestärkt worden. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden.

Der gefundene Kompromiss ist aus DAAD-Sicht trotzdem ein guter. Die Covid-19-Pandemie hat den finanziellen Spielraum eingeschränkt, gleichzeitig aber die Bedeutung von Bildung und Forschung bestärkt. Noch nie war die gemeinsame Forschung zu Impfstoffen, Behandlungsmethoden oder den Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft so wichtig wie heute – und für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erholung nach Covid-19 braucht Europa gut ausgebildete, mehrsprachige und interkulturell erfahrene junge Menschen mehr denn je.

Erasmus+ 2021 bis 2027

Erasmus+ wird in den nächsten sieben Jahren auf über 28 Mrd. Euro anwachsen und soll mit 10 Millionen deutlich mehr Menschen erreichen. Das Budget setzt sich aus rund 26 Mrd. Euro, plus einen zusätzlichen Betrag von etwa 2,2 Mrd. Euro für die internationale Dimension zusammen. 83 Prozent der Mittel sind für Aktivitäten im Bereich Bildung und Ausbildung vorgesehen.

Erasmus+ wird in den kommenden Jahren die bewährte Programmarchitektur der drei Leitlinien Mobilität, Zusammenarbeit und Politikunterstützung fortführen, jedoch einige Neuerungen aufweisen:

- **Inklusion & Diversität:** Kürzere Mobilitätsaufenthalte und „Blended learning“-Angebote sollen neue Zielgruppen ansprechen und so zukünftig bisher unterrepräsentierte Gruppen stärker einbinden. Europäische und nationale Inklusionsstrategien werden den Rahmen für diese Aktivitäten bilden.
- **Digitalisierung:** Virtueller Austausch und „blended mobility“ sollen die physische Mobilität ergänzen und digitale Prozesse sollen die Programmadministration vereinfachen („European Student Card“-Initiative).
- **Umweltschutz & Nachhaltigkeit:** *Erasmus+* soll einen Beitrag zum „European Green Deal“ leisten, indem Teilnehmerinnen und Teilnehmer über geförderte



Erasmus+

Kooperationsprojekte zu dem Thema sensibilisiert und umweltschonende Mobilitätsformen gefördert werden.

- **Internationale Dimension:** Die Förderlinie zur Mobilität mit Programmländern wird im begrenzten Umfang international geöffnet und kann so die internationalen Prioritäten europäischer Hochschulen abbilden. Die bekannte internationale Dimension mit Fokus auf Beitritts- und Nachbarschaftsländer, Afrika und Incoming-Mobilität soll ab 2022 weitergeführt werden.
- **Europäische Hochschulen:** Die neue Förderlinie wird fest im neuen Programm verankert und mit einem erhöhten Budget ausgestattet.

159

Das Programm sieht wie sein Vorgänger die Möglichkeit für Partnerländer außerhalb der EU vor, sich an dem Programm zu beteiligen. Hiervon haben in der vorangehenden Programmgeneration Norwegen, Island, Serbien, Türkei, Liechtenstein und Nordmazedonien Gebrauch gemacht. Ihre Teilnahme ist auch im neuen Programm geplant. Großbritannien hat sich vorerst gegen eine Assoziierung zu *Erasmus+* entschieden.



Das *Erasmus+* Programm soll in den nächsten sieben Jahren noch mehr Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich im Ausland weiterzubilden.

GROSSBRITANNIEN STEIGT AUS DEM ERASMUS+ PROGRAMM AUS

Neben EU-Haushaltsverhandlungen und Pandemiebekämpfung hatte die deutsche Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 eine weitere Herkulesaufgabe zu bewältigen: Die Einigung mit Großbritannien auf einen Vertrag über die künftige Zusammenarbeit. Erst am 24. Dezember, kurz vor Ende der laufenden Übergangsfrist, haben sich die beiden Parteien einigen können.

Bei aller Erleichterung, dass doch noch ein Abkommen zustande gekommen war, barg dieses für Hochschulen und vor allem junge Menschen in der EU und Großbritannien eine bittere Enttäuschung. Großbritannien wird zukünftig nicht mehr am *Erasmus+* Programm teilnehmen. Als zu teuer hatte Premierminister Johnson die Assoziierung zum Programm abgelehnt, die von der EU in Aussicht gestellt worden war. Die EU hatte ihrerseits eine „Rosinenpickerei“ Großbritanniens – die britische Assoziierung nur an Teile des Programms – abgelehnt. Kein nationales oder bilaterales Programm wird einen vollständigen Ersatz für die über Jahre gewachsenen Partnerschaften und das auf Reziprozität und einem „europäischen Spirit“ fußende *Erasmus+* Programm bieten können. Dies ist ein herber Verlust für beide Seiten.

Für die Forschungszusammenarbeit hingegen gab es positive Nachrichten. Auch hier hatten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beider Seiten gehofft, trotz Brexit in bewährten Strukturen weiterhin zusammenarbeiten zu können. Die Einigung vom 24. Dezember setzt den Rahmen für eine Assoziierung Großbritanniens am EU-Forschungsprogramm Horizont Europa, bei entsprechender finanzieller Beteiligung des britischen Partners.

DIGITALE BILDUNG STEHT IM CORONAJAHR IM FOKUS

Im Jahr 2020 galt es, flexibel auf die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie zu reagieren. Die Europäische Union hat bis Ende des Jahres



Angesichts der mit der Pandemie verbundenen Herausforderungen, stand die digitale Bildung 2020 im Fokus der EU-Bildungspolitik.

2020 rund 1 Mrd. Euro für die Covid-19-Forschung zur Verfügung gestellt und damit die Bedeutung von Wissenschaft zur Überwindung der Krise unterstrichen.

Mobilität und Austausch – das Kerngeschäft europäischer Bildungspolitik – waren besonders von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Die Schließung von Hochschuleinrichtungen und die Einschränkung der Mobilität hatte die Durchführung der *Erasmus+* Aktivitäten im Jahr 2020 stark beeinträchtigt. 75 Prozent der von der Kommission im Frühjahr 2020 befragten 11.800 Mobilitätsteilnehmer waren von den mit Covid-19 verbundenen Einschränkungen betroffen. Ein Viertel der Mobilitäten wurde abgesagt, mehr als die Hälfte führte ihr Semester im Frühjahr 2020 in Online-Kursen fort.

Die EU-Kommission hat in dieser besonderen Situation größtmögliche Flexibilität gezeigt und die Verschiebung von Mobilitäten, die Geltendmachung zusätzlicher Kosten und die Möglichkeit, einen *Erasmus+* Aufenthalt online beginnen oder beenden zu können, sichergestellt. Letzteres war besonders wichtig, um zu gewährleisten, dass das Programm nicht vollständig zum Erliegen kommt.

Im Angesicht der Pandemie standen für die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der EU die Chancen der digitalen Bildung im Fokus. Passend hierzu hat die EU-Kommission im September den „Aktionsplan für digitale Bildung“ vorgelegt. Dieser kündigte an, die Verwendung digitaler Technologien im

Bildungssektor und den Ausbau der dafür benötigten Kompetenzen in den nächsten Jahren konsequent weiterzuentwickeln. Der Aktionsplan war bereits vor der Coronakrise geplant; durch die Pandemie hat das Thema lediglich an Bedeutung gewonnen.

Der DAAD hat sich in die Entwicklung des Aktionsplans eingebracht und von der EU-Kommission gefordert, die Vernetzung existierender Initiativen und digitaler Infrastrukturen unter anderem durch die Entwicklung einer europaweiten Plattform zum Austausch digitaler Lehrangebote voranzutreiben und kollaborative virtuelle Austauschformate weiter auszugestalten. Das neue *Erasmus+* Programm greift diese Forderungen auf. Es sieht einen Ausbau der Fördermöglichkeiten im Bereich Digitales vor und wird damit ein wichtiges Instrument sein, um die Ziele des Aktionsplans umzusetzen.

EIN EUROPÄISCHER BILDUNGSRAUM BIS 2025

Mobilität, Austausch und Zusammenarbeit, ob digital oder physisch, bleiben die Kernziele europäischer Bildungspolitik. Die Europäische Kommission hat zeitgleich zur Vorstellung des Aktionsplans für Digitale Bildung auch ihre Vision für einen Europäischen Bildungsraum bis 2025 vorgestellt. Mit diesem will die EU einen Kontinent schaffen, auf dem es zur Norm geworden ist, dass man Zeit zum Studieren, Lernen oder Arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat verbringt. Hochschulen werden in der Strategie als zentrale Akteure im Wissensviereck aus Bildung, Forschung, Innovation und Gesellschaft bezeichnet.

Inklusion, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sollen die zukünftige Ausrichtung von Hochschulen sowie die Gestaltung von Mobilität und europäischer Zusammenarbeit charakterisieren. Auf europäischer Ebene will die EU-Kommission

RISE-Programm schafft Synergien in Bildung und Forschung

Mit dem Seminar „Minding the gap – Higher education, research and innovation in international cooperation“ forderte der DAAD gemeinsam mit seinen europäischen Partnern neue Denkanstöße, wie Hochschulbildung, Forschung und Innovation in bestehende und künftige EU-Politikinitiativen und Programme integriert werden können, um so Synergien zu stärken. Als ein konkretes Beispiel stellte der DAAD sein Programm *RISE* vor. Es fördert Praktika von Studierenden in Forschungsprojekten im Ausland und schafft damit Synergien zwischen Bildung und Forschung.

Dieses und weitere Beispiele aus dem Programmportfolio der Mitglieder der Academic Cooperation Association (ACA) diskutierten die über 400 Teilnehmenden auf einem Online-Seminar am 16. Juni. Die Europäische Kommission, vertreten durch die beiden Generaldirektionen für Bildung und für Forschung, machte deutlich, dass die



Stärkere Synergien in Bildung, Forschung und Innovation sind auch Ziel der neuen EU-Programme.

neuen EU-Förderprogramme Synergien weiter ausbauen werden. Der Prozess wurde bereits mit der Förderung der Europäischen Hochschulen, die im Jahr 2020 erstmals neben dem *Erasmus+* auch eine finanzielle Unterstützung durch das EU-Forschungsprogramm erhielten, sowie durch die gemeinsam aus Forschungs- und Bildungsperspektive geplante Strategie zur „Transformation der Hochschulen in Europa“ begonnen.

neue Lehrformate wie Micro-Credentials, die Entwicklung eines „Europäischen Abschlusses“, ein europäisches Qualitätssicherungssystem sowie ein „Europäisches Statut“ für Allianzen von Hochschulen in Europa, wie beispielsweise den Europäischen Hochschulen, entwickeln. Es wird erwartet, dass die von der EU geförderten Europäischen Hochschulen die Gestaltung des Europäischen Bildungsraums durch die Nutzung der neu entwickelten EU-Instrumente entscheidend vorantreiben werden.

EUROPÄISCHE LEHRKRÄFTE FÜR DIE ZUKUNFT

Die digitale Transformation in der Bildung und die Internationalisierung von Bildungseinrichtungen wird nur erfolgreich sein, wenn insbesondere die Lehrkräfte sie mittragen. Aus diesem Grund stand auch diese Gruppe im Fokus europäischer Bildungspolitik.

162

Der DAAD beschäftigt sich bereits seit einigen Jahren mit dem Thema Internationalisierung der Lehramtsausbildung. Im Vergleich zu anderen Studiengängen weist die Lehramtsausbildung oft eine nur schwach entwickelte, internationale Dimension und ein niedriges Ausmaß an Auslandsmobilität auf, obwohl gerade für Lehrkräfte interkulturelle Fähigkeiten und die Vermittlung eines globalen Weltbildes von besonderer Bedeutung sind.

Dies ist auch auf europäischer Ebene erkannt worden. In einem gemeinsamen Statement vom Mai sind die EU-Bildungsminister und -ministerinnen auf die Bedeutung von grenzüberschreitender Mobilität von Lehramtsstudierenden als „wirkungsvolle Erfahrung und wertvolle Gelegenheit zur Entwicklung ihrer sozialen, interkulturellen, multilingualen und zwischenmenschlichen Kompetenzen“ eingegangen. Die Außenstelle Brüssel und die zuständigen DAAD-Referate haben diesen Diskussionsprozess auf europäischer Ebene begleitet, indem sie ein Online-Seminar auf EU-Ebene zur Internationalisierung der Lehramtsausbildung mit einem Fokus auf der Rolle des virtuellen Austausches ausgerichtet haben.

Der DAAD hatte gemeinsam mit dem norwegischen Partner Diku im Vorfeld der Veranstaltung und vor Corona europäische Hochschulvertreterinnen und -vertreter zu dem Thema befragt. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass Mobilität für sie an erster Stelle steht, „Internationalisierung@home“ in Form der Beschäftigung internationalen Lehrpersonals oder dem Angebot an virtuellen, internationalen Austauschformaten jedoch eine bisher weniger ausgeschöpfte Quelle der Internationalisierung darstellt. Dies gilt es, zukünftig weiterzuentwickeln.



Europa gestalten – Europa stärken: Ideen für Europa

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben DAAD-Alumni aus allen EU-Mitgliedstaaten auf einer DAAD-Veranstaltung am 1. Oktober in Berlin virtuell und physisch über die Zukunft der Europäischen Union diskutiert. Den Auftakt boten 23 konkrete Ideen für die Zukunft Europas, die Alumni entwickelt und bereits im Vorfeld der Konferenz über den Hashtag #DAADalumni4EU verbreitet haben.

Es waren innovative und thematisch sehr diverse Ideen: von dem Vorschlag für ein europäisches Recyclingsystem für Flaschen über die Investition in europäische Lehrkräfte bis hin zu mehr Transparenz durch Livestreaming der EU-Gremiensitzungen. Ihnen allen war die Überzeugung gemein, dass durch europäische Zusammenarbeit Fortschritte erzielt und globale Herausforderungen gemeistert werden können. „Europa ist ein Raum, den es zu gestalten gilt“, ermutigte Dr. Andreas Görden, Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt, in seiner Eröffnungsrede die Beteiligung der Teilnehmenden am europäischen Diskussionsprozess.

Die Alumni hatten die Gelegenheit, mit führenden Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft zu diskutieren; hierunter die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Michael Bloss (Grüne, Deutschland) und Siegfried Mureșan (Europäische Volkspartei, Rumänien), beide selbst DAAD-Alumni, sowie die Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Katrin Staffler (CSU), die Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin, Prof. Verena Blechinger-Talcott, und die



Jens Krepela, Moderator der Alumniveranstaltung des DAAD, präsentiert die Videoclips, mit denen 23 Alumni ihre Ideen für Europa vorgestellt haben.



Siegfried Mureșan, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und rumänischer Abgeordneter hat eine besondere Verbindung nach Deutschland: 2004 ging er mit einem DAAD-Stipendium an die Humboldt Universität zu Berlin und arbeitete anschließend im deutschen Bundestag.

DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ. Der „European Green Deal“, die aktuellen Herausforderungen der EU in der Corona-Krise, europäische Werte und der Brexit waren die Top-Themen der Diskussion. Zu den Stärken der EU haben die Alumni in einer Live-Online-Abstimmung die Freiheit zum grenzenlosen Reisen, Arbeiten und Studieren in der EU auf den ersten Platz gewählt, gefolgt von der Möglichkeit, gemeinsam an den Herausforderungen der Zukunft zu arbeiten.

163



DAAD-Alumniveranstaltung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Jens Krepela (l.) begrüßt (v.l.) die Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler, die Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin, Verena Blechinger-Talcott, sowie die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Michael Bloss und Siegfried Mureșan (virtuell zugeschaltet).

Wer einmal mit einem DAAD-Stipendium im Ausland war, dem scheinen die Zukunftsfragen Europas besonders am Herzen zu liegen. Mehr als 1.000 Alumni nahmen an der hybriden Veranstaltung teil. Coronabedingt war die Veranstaltung zum großen Teil in den virtuellen Raum verlegt worden. Aber nur so war erst die große Anzahl der Mitdiskutierenden möglich geworden.

EU und DAAD führen Unterstützung für Studierende im Libanon fort

Der Libanon ist mit etwa einer Million registrierter syrischer Geflüchteter weltweit das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Aufnahmequote von Geflüchteten. Um die Bildungsmöglichkeiten junger Libanesinnen und Libanesen sowie geflüchteter, syrischer Studierender nachhaltig zu verbessern, begann im April 2020 das Projekt *HOPES-LEB* als Nachfolgeprojekt des Programms *HOPES* („Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“). *HOPES-LEB* setzt der DAAD gemeinsam mit Campus

France und Nuffic mit einer Laufzeit bis 2023 um. Es wird wie sein Vorgänger durch den „Regionalen EU-Treuhandfonds als Antwort auf die Krise in Syrien“ (Madad Fund) finanziert.



Wie alle 2020 durchgeführten Veranstaltungen der Außenstelle war auch dieses Seminar ursprünglich als physische Veranstaltung geplant und musste kurzfristig in ein Online-Format überführt werden. Die Online-Seminare können den wichtigen physischen Kontakt und das Netzwerken nicht ersetzen, sie können jedoch einen deutlich breiteren Kreis von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreichen. Dies ist gerade für die EU-Themen ein nicht unerheblicher Gesichtspunkt, und

so werden die Online-Seminare auch nach Corona für die Arbeit der Außenstelle eine Rolle spielen.

AFRIKA BLEIBT ZENTRALER PARTNER DER EU

Im Rahmen der geopolitischen Dimension europäischer Bildungspolitik stand im Jahr 2020 Afrika im Fokus. Die Kommission unter Federführung von Ursula von der Leyen hat sich zum



Die neue EU-Afrika-Strategie sieht eine Intensivierung der akademischen und wissenschaftlichen Beziehungen der beiden Kontinente vor.

Ziel gesetzt, mit dem afrikanischen Kontinent eine enge Partnerschaft einzugehen. Grundlage hierfür ist die im März vorgelegte neue EU-Afrika-Strategie. Diese sieht eine Intensivierung der akademischen und wissenschaftlichen Beziehungen der beiden Kontinente vor und greift damit die Forderungen auf, die der DAAD und seine europäischen und afrikanischen Partner bei einer großen EU-Afrika-Konferenz zur Hochschulbildung im Oktober 2019 in Brüssel gestellt hatten.

Akademische Kooperation wird dazu beitragen, die Kenntnisse und Fähigkeiten junger Menschen zu verbessern und ein nachhaltiges Wachstum sowie bessere Beschäftigung auf dem afrikanischen Kontinent zu erzielen. Die vorgesehene Diskussion der Strategie mit den afrikanischen Partnern im Rahmen eines EU-Afrika-Gipfeltreffens musste im Jahr 2020 jedoch coronabedingt verschoben werden.

Eine weitere wichtige Initiative im Jahr 2020 war der EU-Migrations- und Asyl-Pakt, den die Europäische Kommission im September vorgelegt hat. Hierin fordert sie die EU-Mitgliedstaaten zu „legalen Schutzwegen in die EU“ auf sowie die Entwicklung komplementärer Zugangswege für Geflüchtete durch den Zugang zur Hochschulbildung. Der DAAD setzt solche Programme bereits um. In den Programmen *Leadership for Syria* oder *Leadership for Africa* erhalten Geflüchtete die Chance, ein Hochschulstudium in Deutschland aufzunehmen. Die Außenstelle hat die Erfahrungen aus diesen Programmen in den europäischen Diskussionsprozess eingebracht und wird den Austausch hierzu im nächsten Jahr fortführen.



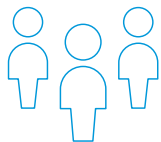
Wichtigstes Ziel der deutschen Präsidentschaft waren die Einigung zum zukünftigen mehrjährigen EU-Haushalt und zum Corona-Wiederaufbaufond.

165

AUSBLICK 2021

Die EU hat sich für 2021 zum Ziel gesetzt, die Covid-19-Krise für einen grünen und digitalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen. Bildung, Wissenschaft und Forschung werden hierbei eine wichtige Rolle spielen. Die Europäische Kommission plant, eine Transformationsagenda für die Hochschulen vorzulegen und einen globalen Ansatz für Forschung, Innovation, Bildung und Jugend auf EU-Ebene zu entwickeln. Die Außenstelle Brüssel wird die Erfahrungen des DAAD und der deutschen Hochschulen in diesen Diskussionsprozess einbringen.

Statistischer Überblick Europäische Union 2020



447,7 Mio.

Bevölkerungszahl



27

Mitgliedsstaaten



172,3 Mrd.

EU-Haushalt (2020 in EUR)

3,77 Mrd.

hiervon für Erasmus+

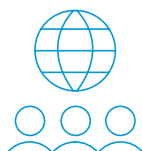
13,5 Mrd.

hiervon für Horizont 2020



17,5 Mio.

Studierende im Tertiärbereich
in der EU (2018)



13,5 %

EU-Hochschulabsolventen
mit Auslandserfahrung (2018)

166



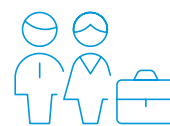
505.000

Erasmus+-geförderte
Studierende 2018/19



40,2 %

EU-Hochschulabsolventen
2019 (Prozentsatz der
30- bis 34-Jährigen)



80,9 %

Beschäftigungsquote bei
EU-Hochschulabsolventen
(20-34 Jahre) 2019

Alle verfügbaren DAAD-Ländersachstände, DAAD-Bildungssystemanalysen und DAAD-Datenblätter alphabetisch nach Ländern sortiert finden Sie unter:



www.daad.de/regionalinformationen

